

VORSCHLAG 8

Migrationswege für Flüchtlinge legalisieren

In: Christine Abbt und Johan Rochel (Hrsg.), Migrationsland Schweiz.

15 Vorschläge für die Zukunft. Hier und Jetzt, Verlag für Kultur und Geschichte GmbH, Baden, pp 135-147.



Migrationswege für Flüchtlinge legalisieren

MARGIT OSTERLOH, BRUNO S. FREY

Die Diskussion um die Flüchtlingsproblematik konzentriert sich in letzter Zeit auf ein Thema: Grenzen müssen sein. Es können nicht alle Migranten in Deutschland, Schweden oder der Schweiz Zuflucht finden. Auch der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck hat erklärt, dass eine Begrenzungsstrategie moralisch und politisch geboten sein kann, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten; «sie kann auch geboten sein, um die Unterstützung der Mehrheitsgesellschaft für eine menschenfreundliche Aufnahme der Flüchtlinge zu sichern». Weitgehende Übereinstimmung gibt es auch darüber, wer überhaupt zu uns hineingelassen werden soll: «Echte Asylanten» und Kriegsflüchtlinge, ja, illegale Wirtschaftsmigranten, nein. Darüber hinaus findet die Aussage des EU-Kommissionärs Dimitris Avramopoulos hohe Zustimmung, dass es für Migranten kein Wahlrecht gibt, in welches Land sie gehen wollen.

Über diese Gemeinsamkeiten hinaus herrscht aber grosse Ratlosigkeit, wo die Grenzen verlaufen, wie sie gesichert werden sollen und wer überhaupt als Flüchtling bezeichnet werden soll. Eindrücklich beschreibt dies Jürgen Kaube in der «Frankfurter Allgemeinen» vom 18. Januar 2016.

Die bisher praktizierte Sicherung der Aussengrenzen ist eine Schande für uns. Sie ist ausserdem unwirksam. Faktisch haben wir sie gewissenlosen Schleppern überlassen. Allein im Januar 2016 sind über 50000 Menschen mit Schlauchbooten nach Griechenland gekommen, zum ersten Mal überwiegend Frauen und Kinder, die besonders hohen Risiken ausgesetzt sind. 365

Menschen sind im selben Monat in der Ägäis ertrunken oder gelten als vermisst. Mittlerweile geht die Nato mit hochtechnisierten Kriegsschiffen gegen Schlepper vor und hält Migranten von der Überfahrt nach Griechenland ab. Dies treibt die Preise für die Schlepper weiter nach oben und macht die Überfahrt noch gefährlicher. Die bisherige Strategie, den Weg zu uns so schwer wie möglich zu gestalten, ist nicht nur beschämend, sondern versagt auf der ganzen Linie.

Andererseits gibt es ein sogenanntes Samariterdilemma, auf das der Nobelpreisträger James Buchanan¹ schon 1975 hingewiesen und das Clemens Fuest, Präsident des Ifo Instituts für Wirtschaftsforschung in München, auf die Migrationsproblematik angewendet hat: Je mehr wir eine grosszügige «Willkommenskultur» praktizieren, desto höher sind die Anreize für Hilfesuchende, zu uns zu kommen anstatt in sichere Länder in Heimatnähe zu gehen. Darüber hinaus geben wir anderen Ländern in Europa die (implizite) Botschaft, dass sie nichts tun müssen: Wir kümmern uns schon um das Problem.² Das Samariterdilemma gilt für Asylsuchende, Kriegsflüchtlinge wie für Armutsmigranten, deren Abgrenzung ohnehin fliegend ist.

Heute schon gäbe es die Möglichkeit, Flüchtlingen per Flugzeug eine sichere Einreise zu ermöglichen: Indem man die Richtlinie 2001/51/EG aufhebt, die Fluggesellschaften dafür haftbar macht, wenn Personen ohne Visum in den Schengen-Raum eindringen. Fluggesellschaften könnten Fluggäste ohne Visum dazu verpflichten, die Kosten für ihren Rückflug zu hinterlegen, bevor sie an Bord gehen. Warum wird von dieser einfachen Möglichkeit nicht Gebrauch gemacht? Warum verlässt man sich stattdessen auf die Abschreckung durch kriminelle Schlepper? Es ist die realistische Angst vor dem Samariterdilemma, das heisst, vor noch mehr Zuwanderung, verbunden mit der ebenso realistischen Angst, einmal eingereiste Migranten ohne Bleibeperspektive

nicht mehr abschieben zu können. Beides gefährdet die politische Hygiene.

VOM MODELL DER GENOSSENSCHAFT LERNEN

Gibt es einen Ausweg aus der inhumanen und beschämenden Politik der Abschreckung einerseits und dem Samariterdilemma andererseits? Wir schlagen vor, von den Migranten – Asylsuchenden, Kriegsflüchtlingen wie Armutsmigranten – eine Integrations- und Steuerungsabgabe zu erheben, bei der das Geld statt den Schleppern dem Empfängerland zufließt.³ Dafür könnten die Migranten gefahrlos einreisen. Entsprechende Registrierungs- und Einzahlungsstellen könnten an jedem Flughafen und in grösseren Flüchtlingslagern errichtet werden – zu einem Bruchteil der heutigen Kosten der Grenzsicherung. Wer nach der Einreise als Asylsuchender oder Kriegsflüchtling anerkannt wird, erhält das Geld zurück. Wer nicht anerkannt wird, sieht sich vor ein Hindernis gestellt, das nicht unüberwindlich ist, dessen Bewältigung aber erhebliche Eigenanstrengung erfordert. Mit der Höhe der Abgabe kann man die Zuwanderung ohne Absperrvorrichtungen, die ohnehin nur den Schleppern in die Hände spielen, regulieren. Und uns kann man vor dem Schicksal einer stacheldrahtbewehrten «gated community» bewahren.

Diese Idee will die Vorzüge von Genossenschaften für eine menschenwürdige Zuwanderung nutzbar machen: Um Mitglied einer Genossenschaft zu werden, muss ein Anteilschein erworben werden. Dafür ist ein Preis zu entrichten. Dieser berücksichtigt, dass die neuen Mitglieder an Gemeinschaftsgütern partizipieren, die von den bisherigen Genossen geschaffen wurden. Im Fall der Schweizerischen «Eid-Genossenschaft» kommt dies schon im Namen zum Ausdruck. Der Preis für den Anteilschein müsste höher liegen als die Preise, die derzeit für Schlepper bezahlt werden. Er könnte aber wesentlich niedriger ausfallen als die abdiskon-

VORSCHLAG 8

tierten monetären Vorteile, welche die Migranten bei uns erwarten. Dafür erhalten sie eine temporäre Mitgliedschaft, welche nach einiger Zeit in eine unbegrenzte umgewandelt werden kann.

Ein solches Vorgehen hätte grosse Vorteile nicht nur für die wichtigsten Aufnahmeländer wie Deutschland, Schweden oder die Schweiz, sondern auch für die Migranten und die Herkunftsländer. Es würde die Migranten als Subjekte behandeln, die ihr Schicksal als abwägende, rationale Akteure in die Hand nehmen. Hierfür würden aber wir, die Aufnahmeländer – und nicht die Schlepper –, die Rahmenbedingungen setzen. Es könnte eine humanitäre und monetäre Win-win-Situation entstehen. Die Schlepper würden ausgebootet.

Die Vorteile für die Aufnahmeländer, für die Migranten und für die Herkunftsländer basieren einerseits auf der Überlegung, dass gemäss Berechnungen der Migrationsökonominnen Clemens⁴ und Milanovic⁵ freie Migration das Potenzial hätte, die Welt doppelt so reich zu machen wie heute. Und sie hätte das Potenzial, 75 Prozent der Ungleichheit einzuebnen, die heute aufgrund von Migrationshürden besteht. Dieses riesige Potenzial gilt es zu heben.

Andererseits wird heute das liberale Credo «Freihandel und Personenfreizügigkeit sind gut für alle» durch mehrere Faktoren eingeschränkt. *Erstens* durch die auf den Nobelpreisträger Milton Friedman zurückgehende Einsicht, dass zwischen «open economies» und «closed welfare states» ein Spannungsfeld existiert. Freizügigkeit und von Staat zu Staat divergierende wohlfahrtsstaatliche Leistungen sind auf Dauer nicht vereinbar. Die Attraktivität eines Landes ist für Niedrigqualifizierte umso höher, desto höher die Sozialleistungen sind. Dieser Sachverhalt wird von Autoren wie Ulrike Guerot und Robert Menasse völlig ausser Acht gelassen, wenn sie in «Le monde diplomatique» vom 11. Februar 2016 die europäische Grenzenlosigkeit vor-

schlagen. *Zweitens* produziert Freizügigkeit auch Verlierer in den Aufnahmeländern, insbesondere bei den Niedrigverdienern. Diese werden ihre Politiker dafür bestrafen, es sein denn, sie erhalten einen sozialstaatlichen Ausgleich, der wiederum die Attraktivität für Immigranten erhöht. *Drittens* sind Staaten unterschiedlich erfolgreich, weil sie unterschiedlich gute politische und ökonomische Institutionen, das heisst ein unterschiedliches Sozialmodell haben. Der Entwicklungsökonom Paul Collier⁶ weist darauf hin, dass Menschen genau deshalb von erfolglosen in wohlhabende Länder wandern, weil sie defizitären Sozialmodellen entfliehen wollen. Tun sie dies allerdings in einem Ausmass, das die Bereitschaft und Möglichkeit zu ihrer Integration übersteigt, dann importieren sie ihr defizitäres Sozialmodell – dies in umgekehrter Analogie zur Aussage von Max Frisch: Es kommen nicht nur Arbeitskräfte, sondern Menschen. Gut gesagt. Aber gleichzeitig wird die Basis dessen unterminiert, was die Menschen zur Zuwanderung in unser Land veranlasst, nämlich unser funktionierendes Sozialmodell. Das bedeutet auch, dass gemäss empirischen Befunden des Politologen Putnam⁷ das wechselseitige Vertrauen in unserer Gesellschaft und die Bereitschaft zur Umverteilung sinken. Basierend auf diesen Überlegungen seien die Vorzüge eines Genossenschaftsmodells aufgezeigt, und dies für Aufnahmeländer, Migranten und Herkunftsländer.

VORTEILE FÜR DIE AUFNAHMELÄNDER

Aufnahmeländer erhalten mit der genossenschaftlich konzipierten Integrations- und Steuerungsabgabe nicht nur Mittel zur Finanzierung des Aufenthalts und der Integration der Migranten. Vielmehr ergibt sich eine hohe Anzahl weiterer monetärer und nichtmonetärer Vorteile. Für Deutschland mag als derzeit wichtigster Vorteil gelten, dass das Land nicht mehr auf Gedeih und Verderb auf einen – ohnehin immer unwahrscheinli-

cheren – EU-weiten Verteilungsschlüssel für Migranten setzen muss. Alle Aufnahmeländer – auch die Schweiz – könnten über die Abgabenhöhe die Zuwanderung und die Finanzierung der Integration steuern, ohne humanitäre Anliegen zu vernachlässigen. Die unwilligen Nachbarländer Deutschlands hätten weniger Grund für ihr Sträuben, zur Bewältigung der Krise beizutragen: Sie könnten – Nachahmung des Genossenschaftsmodells vorausgesetzt – ihrerseits entscheiden, wie viele Migranten sie zu welchen Bedingungen aufnehmen wollen.

Zu den offenkundigen monetären Vorteilen gehört *erstens*, dass die Eingliederung in den Arbeitsprozess und die Entlastung unserer Sozialsysteme schnell erfolgen kann und nicht erst nach dem langwierigen Prozess der Registrierung, Prüfung und Bearbeitung von Rekursen. *Zweitens* können die riesigen Kosten für die Sicherung der Grenzen, für Stacheldraht, Mauern, Polizei, Kriegsschiffe im Mittelmeer und für die Wartezeiten an den Grenzen für den Gütertransport eingespart und das Geld sinnvoller eingesetzt werden. Ebenso würden die monetären und psychischen Kosten für die Ausschaffung nicht anerkannter Flüchtlinge entfallen, respektive die Kosten für die Allgemeinheit, wenn abgewiesene Flüchtlinge in den Untergrund verschwinden. Die Silvesternacht in Köln mag einen Hinweis auf diese Kosten geben, waren dort doch offensichtlich viele illegale Migranten ohne Bleibeperspektive beteiligt. *Drittens* sind die Zuwanderer gehalten, von Anfang an einen Beitrag zum Gemeingut der Genossenschaft zu leisten, an dem sie teilhaben wollen und das von den bisherigen Genossen in Form von Schulen, Gesundheitswesen, Infrastruktur, funktionierender Verwaltung und anderem mehr geschaffen wurde. *Viertens* können Zuwanderer – vorausgesetzt, es existiert kein prohibitiver Mindestlohn – die Produktivität der einheimischen Bevölkerung erhöhen, insbesondere im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen. Prohibitiv ist

ein Mindestlohn dann, wenn er die meist deutlich geringere Produktivität der Migranten gegenüber einheimischen Niedrigverdienern nicht berücksichtigt. Viele gut qualifizierte Frauen sind heute zur Teilzeitarbeit gezwungen, um Betreuungspflichten bei Kindern und Pflegebedürftigen nachkommen zu können. Sie könnten erheblich entlastet werden. Dies ist ein riesiges Potenzial angesichts der Tatsache, dass in der jungen Generation die Frauen eine mindestens ebenso gute formale Ausbildung haben wie die Männer.

Wichtiger sind aber die nicht-monetären Vorteile. Das ist *zum Ersten* die Möglichkeit, über ein Preissystem die Gefahr der Überformung unseres Sozialsystems durch importierte defizitäre Sozialsysteme zu verringern. Die selektive Wirkung eines Preises würde Aspiranten auf eine soziale Hängematte von vorneherein ausbremsen. Diejenigen, die sich dadurch nicht abhalten lassen, haben einen verstärkten Anreiz, unsere Sprache zu lernen, zu arbeiten und sich zu integrieren. Eine Bittstellermentalität kommt gar nicht erst auf. Die empirisch-ökonomische Migrationsforschung zeigt, dass höhere Anforderungen an die Eigenleistung der Migranten die Arbeitsmarktintegration und den schnelleren Erwerb von Sprachkenntnissen fördern.⁸ Das wiederum erhöht – wenig erstaunlich – die Akzeptanz der Zuwanderer durch die einheimische Bevölkerung.

Zweitens könnte die Konzentration von Migranten in einzelnen Ballungsgebieten besser gesteuert werden. Migranten gehen am liebsten an Orte, wo sie Heimatgenossen vorfinden. Gemäss Migrationsforschung ist dies sogar der wichtigste Faktor für die Wahl des Aufnahmeorts.⁹ Das ist zwar verständlich, weil es Transaktionskosten und Fremdheitsgefühle bei der Eingewöhnung vermindert. Aber es vermindert auch die Chancen der Integration und begünstigt Ghettos und Banlieues. Die Integration fällt umso langsamer und schlechter aus, desto grösser die Auslandsgemeinde ist. Dem kann man

VORSCHLAG 8

vorbeugen, wenn man die geforderte Abgabe reduziert im Gegenzug für die Verpflichtung, sich während der vorläufigen Aufnahmezeit ausserhalb der Ballungsgebiete niederzulassen.

Die bessere und schnellere Integration der Migranten führt *drittens* dazu, dass diese oder ihre Kinder früher dazu in der Lage sind, die bestehende Facharbeiterlücke zu schliessen und zur Finanzierung unseres Rentensystems beizutragen. Auch das erhöht die Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung.

VORTEILE FÜR DIE MIGRANTEN

Der *wichtigste* Vorteil einer Integrations- und Steuerungsabgabe besteht für Migranten darin, dass sie ohne Lebensgefahr und ohne die strapaziösen und traumatisierenden Erlebnisse einreisen können. Dies ist insbesondere für Frauen und Kinder wichtig, die sich neuerdings auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer machen.

Zweitens haben alle bei uns aufgenommenen Migranten verglichen mit ihren daheimgebliebenen Landsleuten ein viel besseres Leben. Sie partizipieren nicht nur an unserem Sozialsystem, an unseren Schulen, Gesundheitseinrichtungen oder an der Sicherheit auf den Strassen. Bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit steigt auch ihr Einkommen um das Mehrfache: Ein Arbeiter, der in den USA dieselbe Tätigkeit verrichtet wie in seinem Heimatland Haiti, kann sein Einkommen auf das Zehnfache steigern – einfach aufgrund der Tatsache, dass er nun in einem funktionierenden Umfeld arbeitet, in dem Telefon, Bahn oder Materialzulieferung ordnungsgemäss in Betrieb sind.¹⁰ Auch wenn dieser Arbeiter vor der Zuwanderung eine Abgabe gezahlt hätte – vorausgesetzt, diese ist nicht prohibitiv –, entstünde ein Migrationsgewinn.

Drittens nimmt man den Migranten die quälende Unsicherheit, ob sie aufgenommen werden oder nicht,

verbunden mit dem Zwang zur Untätigkeit und einer Bittstellerhaltung. Sie erhalten schneller die Möglichkeit, sich im Arbeitsmarkt, in der Schule und in ihrer Wohnumgebung zu integrieren. Eine gute und schnelle Integration der Migranten vermindert die Gefahr einer Überformung durch ein defizitäres Sozialmodell und erhöht die Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung.

Viertens erhalten die Migranten – vorausgesetzt, mehrere Länder schliessen sich dem Genossenschaftsmodell an – ein Wahlrecht. Sie sind nicht länger Bittsteller, die sich von Bürokraten in ohnehin kaum funktionierenden «hotspots» herumschieben lassen müssen. Anreize zur Mehrfachregistrierung entfallen, weil man dann mehrfach bezahlen müsste.

Fünftens verringert man die Torschlusspanik der Emigrationswilligen, so schnell wie möglich nach Europa zu kommen, angesichts der Angst vor einer Grenzschliessung. Diese Angst bewirkt übrigens auch, dass viele Zuwanderer, wenn sie einmal bei uns angelangt sind, unfreiwillig bei uns bleiben. Es gehört zu den gesicherten Erkenntnissen der Migrationsforschung, dass – von Einwanderungsländern wie Australien und Kanada sowie von Kriegsländern abgesehen – die Hälfte der Migranten nach einiger Zeit wieder in ihr Heimatland zurückkehren will, sofern die Grenzen offen sind.¹¹

VORTEILE FÜR DIE HERKUNFTSLÄNDER

Auch für die Herkunftsländer ergäben sich durch die Integrations- und Steuerungsabgabe zahlreiche Vorteile. *Zuallererst* mindert Emigration den sozialen Druck, auch wenn langfristig die Armut dadurch nicht sinkt. Dies, weil in erster Linie die einigermaßen gebildeten Mittelschichten auswandern – mit oder ohne Integrations- und Steuerungsabgabe. Diese Abgabe aber fördert – wie erwähnt – den Rückkehrwillen und damit die temporäre Migration, weil sie durchlässige Grenzen

ermöglicht. Dies wiederum begünstigt die «brain circulation», welche wiederum dazu beiträgt, den «brain drain» auszugleichen, der durch die Abwanderung von im Inland ausgebildeten Fachleuten entsteht. Es herrscht Übereinstimmung in der Migrationsforschung, dass «brain circulation» eine der effizientesten Formen der Entwicklungshilfe darstellt.¹²

Der «brain drain» wird *zweitens* durch höhere Anforderungen abgeschwächt. Sind Individuen bereit, eine Integrations- und Steuerungsabgabe aufzubringen, müssen sie sich im Heimatland anstrengen. Dazu dient eine bessere Ausbildung. Die aber kann bewirken, dass man dann gar nicht mehr auswandern muss, weil man zuhause eine hohe soziale und ökonomische Rendite einfahren kann.

Drittens profitieren die Herkunftsländer von den Zahlungen der Migranten an ihr Heimatland, den sogenannten Rimessen. Diese machen nach Berechnungen der Weltbank 2012 mehr als doppelt so viel aus wie die weltweite Entwicklungshilfe. Vermutlich sind sie mehr als doppelt so effektiv. Gemessen an den insgesamt weltweit aufgebrauchten Hilfsgeldern an Entwicklungsländer machen sie sogar das Vierfache aus.¹³ Das ist etwa so viel, wie in ausländische Direktinvestitionen fließt. Im Durchschnitt bilden Rimessen sechs Prozent der Einnahmen der armen Herkunftsländer. Wichtig ist, dass die Rimessen bei Rückkehrwilligen um etwa 25 bis 50 Prozent höher ausfallen als bei solchen, die in den Aufnahmeländern bleiben wollen.¹⁴ Auch das unterstreicht die Bedeutung offener Grenzen, die – wie erwähnt – etwa die Hälfte aller Migranten zur Rückkehr motivieren.

Viertens fördern die Netzwerke der Migranten den Reiseverkehr zwischen Aufnahme- und Herkunftsländern sowie den Austausch von Gütern, Kapital und Information. Dies nützt vor allem den Herkunftsländern.

EINWÄNDE GEGEN

DAS GENOSSENSCHAFTSMODELL

Freilich gibt es auch Einwände gegen unseren Vorschlag. Der vermutlich *zuerst* genannte dürfte sein, dass damit nur Personen und Familien einwandern können, welche die Kosten für den Anteilschein aufbringen können. Aber auch heute können sich nur diejenigen Menschen die Flucht leisten, die genügend Geld für die Schlepper aufbringen, das ist der Mittelstand. Zuwanderer können darüber hinaus einen Kredit aufnehmen, den sie zurückbezahlen können, weil sie bei uns ein wesentlich höheres Einkommen beziehen werden als in ihrem Heimatland. Ein entsprechender Kreditmarkt dürfte leicht entstehen. Er könnte sich an den vom Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus entwickelten Mikrokrediten orientieren. Private Spender oder humanitäre Organisationen könnten die Anteilscheine für Bedürftige bezahlen, ebenso Firmen, die Mitarbeitende suchen. Damit würde zugleich ein direkter Bezug zu den Zuwanderern hergestellt, welcher der Integration nützt. Anerkannte Asylsuchende und Kriegsflüchtlinge erhielten die Abgabe zurück, allen anderen könnte man diese teilweise zurückerstatten, wenn sie unser Land wieder verlassen – mit einem Startkapital und den bei uns erworbenen Kenntnissen und Erfahrungen.

Als *zweiter* Einwand wird genannt, dass die Abgabe hoch sein müsste, um eine wirksame Steuerungsfunktion ausüben zu können. Dies wiederum würde die illegale Migration und das Schlepperunwesen fördern, zumal die Preise für Schlepperdienste infolge der geringeren Nachfrage fallen würden. Das besagt aber nur, dass die Höhe der Integrations- und Steuerungsabgabe mit Augenmass festgelegt werden muss. Keineswegs darf sie nach orthodox-ökonomischen Kriterien bemessen werden, sondern muss psychologische und soziologische Erkenntnisse einbeziehen. Dazu gehört erstens, dass

potenzielle Auswanderer nicht nur die monetären Vorteile abwägen, sondern auch die Möglichkeit schätzen, eine Wahl treffen zu können. Zweitens haben Preise auch eine expressive Wirkung, auch wenn sie nicht kostendeckend sind. Sie signalisieren eine Norm, nämlich dass Eigenleistung erwartet wird, wenn man Mitglied einer Genossenschaft oder generell einer Gemeinschaft werden will. Solche Normen sind erstaunlich wirksam, auch wenn sie nicht sanktioniert werden.

Auch wenn noch viele Details zu klären wären, sind wir überzeugt, dass mit unserer Idee alle gewinnen würden: die Flüchtlinge, die Aufnahme- und die Herkunftsländer. Das macht diesen Vorschlag realistischer als alle Abschreckungsszenarien.

Margit Osterloh und Bruno S. Frey sind beide emeritierte Professoren an der Universität Zürich und ständige Gastprofessoren an der Universität Basel sowie Forschungsdirektoren von CREMA, Center for Research in Economics, Management and the Arts, Zürich.

1
Buchanan, James M.: The Samaritan's Dilemma. In: Edmund S. Phelps (Hg.): Altruism, Morality and Economic Theory. New York 1975, Seite 71–85.

2
Fuest, Clemens: Standpunkt. Die Tücke des Samariter Dilemmas. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 10. 2015, Seite 20.

3
Eine Kurzfassung dieses Vorschlags ist erschienen in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 3. 2016, Seite 27; ebenfalls unter dem Titel «Wie kann man das Samariter Problem lösen? Ein Beitrag zur Flüchtlingsdiskussion» in: Ökonomenstimme, 5. 4. 2016, www.oekonomenstimme.org.

4
Clemens, Michael A.: Economics and Emigration. Trillion-Dollar Bills on the Sidewalk? In: Journal of Economic Perspectives 25/3 (2011), Seite 83–106.

5
Milanovic, Branco: Global Inequality of Opportunity. How much of our Income is Determined by where we Live? In: The Review of Economics and Statistics 97/2 (2015), Seite 452–460.

6
Collier, Paul: Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen. München 2013.

7
Putnam, Robert D.: E Pluribus Unum. Diversity and Community in the 21st Century. In: Scandinavian Political Studies 30/2 (2007), Seite 137–174.

8
Nowraseth, Alex: Do Refugees Need Welfare? Or Do They Need to Escape? In: Foundation for Economic Education, 27. 7. 2015.

9
Collier 2013 (siehe Anm. 5).

10
Collier 2013 (siehe Anm. 5).

OSTERLOH, FREY

11

Dustmann, Christian; Görlach, Joseph-Simon: The Economics of Temporary Migration. In: *Journal of Economic Literature* 54/1 (2016), Seite 98-136.

12

Dustmann; Gerlach 2015 (siehe Anm. 10).

13

Collier 2013 (siehe Anm. 5).

14

Dustmann, Christian; Mestres, Joseph: Remittances and Temporary Migration. In: *Journal of Development Economics* 92/1 (2010), Seite 62-70.